

Bürgervorstösse

... und Eingriffe an den Beispielen Sareis und Sass

Wir möchten alle, dass unsere Umwelt intakt, die Landwirtschaftszone genügend gross, das Erholungsgebiet nicht überlaufen oder gar zerstört wird, die Luft und das Wasser möglichst rein sind etc. etc. Doch in der Praxis arbeiten wir täglich gegen dieses Idealbild.

Die heute schon mehr als grosszügige Bauzone wird, anstatt eingengt, ausgedehnt. «Übriges Gemeindegebiet», wie die «Grauzone» heisst, wird von vielen noch als künftiges Bauland angesehen. Eines Tages könnte sich bei zuviel «Grosszügigkeit» die Bauzone gar auf das mehr als magere Landwirtschaftsgebiet ausdehnen. Der Boden ist mehr denn je ein Spekulationsobjekt. Ein grosses Bauvolumen wird bei uns noch als positiv empfunden. Und dies trotz der Befürchtung, dass jeder Kubikmeter Beton, ob im Hoch- und Tiefbau, ein weiterer Schritt in Richtung Stadtstaat ist. Diese Entwicklung stellt man auch im Alpengebiet fest. Die Bautä-

1. Initiative für ein «Landwirtschafts- und Erholungsgebiet»

Da es in Triesenberg auch 1980 noch keine Bauzone oder Landwirtschaftszone gab und keine Zonierung dem unkontrollierten Überbauen auf dem rheintalseitigen Gemeindegebiet Einhalt gebot, wurde eine Bürgerinitiative zur Schaffung eines «Landwirtschafts- und Erholungsgebietes» gestartet. Mit beträchtlichem finanziellem Aufwand (Broschüre/Pläne etc.), der von den Initianten geleistet wurde, wurde die Bevölkerung über die Initiative aufgeklärt. In wenigen Tagen wurden ca. 180 Triesenberger Stimmbürger kontaktiert, von denen 160 ihre Unterschrift für eine Urnenabstimmung gaben. Bei der Abstimmung selbst stimmten von den rund 480 Stimmberechtigten nur noch 140 (!) für die Schaffung dieses Landwirtschafts- und Erholungsgebietes.

Kommentar: Der Aufwand für die Initiative war recht gross. Die 160 Unterschriften entschädigten aber für die Arbeit und gaben Zuversicht auf die kommende Abstimmung. Da der Gemeinderat ein rechtliches Gutachten einholte und es dort hiess, dass die Initiative «Nicht rechtsgültig» sei, wurde eine Lösung gesucht. Der Gemeinderat beschloss, aufgrund der 160 Unterschriften, die Initiative anzunehmen und als Vorschlag des Gemeinderates darüber abstimmen zu lassen. Als es nach langem Hin und Her zur Abstimmung kam, war das Resultat niederschmetternd. Weniger JA-Stimmen als vorher Unterschriften gesammelt wurden . . .

Die Initianten (bewusst FBPNU-geboren gehalten) mussten in dieser Abstimmungszeit einiges an Kritik einstecken. Es hagelte von beleidigenden Schimpfwörtern und einiges «böses Blut» wurde geschaffen. Zwar waren die Initiativ-Gegner nach dem Abstimmungsausgang wieder eher versöhnt, aber Spuren der damaligen starken Meinungsverschie-

tigkeit ist in Triesenberg, Steg und Malbun recht stark. Durch die Bodenzusammenlegung und den damit verbundenen Strassenbau, die fehlende Bauzone auf dem rheintalseitigen Gemeindegebiet, und die Idee der Tourismus-Förderung ergaben sich für Triesenberg in den letzten Jahren Probleme, deren Lösungsversuche von der Bevölkerung nicht überall auf Verständnis stiessen. Deshalb wurden denn auch einige Bürger-Vorstösse gemacht, die mehr oder weniger erfolgreich waren. Als Mit-Initiant der verschiedenen Bürger-Vorstösse am Triesenberg möchte ich nachstehend die wichtigsten schildern und deren Erfolg oder Misserfolg kurz kommentieren. Ziel dieser kleinen Zusammenfassung soll es sein, einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen, was bei Bürgervorstössen in unserm Land passiert, wie der Bürger und Politiker darauf reagieren und welchen Erfolg oder Misserfolg die Aktionen hatten.

denheiten blieben bis heute. Viele sehen die Schaffung einer Zone als «kommunistisch» an, der Boden sei dann viel weniger wert, es wurde von "Enteignung" gesprochen etc.

Die Meinung, dass eine Bauzone auch am Berg gut wäre, ist beinahe überall vorhanden. Wenn es aber darum geht, etwas Verzicht zu leisten, wenn man also selber davon betroffen wird, dann ist man dagegen.

Dass am Triesenberg die Bodenzusammenlegung (ca. 1960 begonnen) ohne vorherige Zonierung eingeleitet wurde, ist bestimmt der grösste Fehler, der bisher in dieser Gemeinde gemacht wurde. Heute sieht jeder seinen durch eine Strasse erschlossenen Boden als Bauplatz an. Welcher Weg zu einer Zonierung führt, weiss im Moment wohl niemand. Ob es sinnvoll ist, wenn das ganze rheintalseitige Gemeindegebiet überbaut wird? Dass Politiker dieses heisse Eisen nur ungern anpacken, ist nach den bisherigen Abstimmungen verständlich.

2. Wegbau auf dem Sareiserjoch

Auf dem Sareiserjoch wurde mit einem Trax eine «Strasse» erstellt, welche später in Fronarbeit auf einen Weg von ca. 1.50 Meter



Mit einem Trax wurde auf gegen 2000 Meter über Meer am Sareiserjoch gearbeitet und ein neuer «Wanderwea» erstellt. Eine Baubewilligung sei hier nicht notwendig . . .



«Man muss den Touristen auf dem Sareiserjoch auch etwas bieten. Wir können sie nicht einfach auf 2000 Meter transportieren und dann dort stehen lassen . . .», meinte ein Malbuner Wirt. Ob die Gäste aus dem Tal wohl hier oben die gleiche Bequemlichkeit suchen wie zuhause? Deswegen kommen sie bestimmt nicht hierher.